

Blum, Ulrich

Article
Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich (2008) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 14, Iss. 10, pp. 374-374

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143668>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

Der Staat als Reparatereinrichtung des Kapitalismus! Die aus den 60er Jahren von französischen kommunistischen Intellektuellen stammende Theorie des Staats-Monopol-Kapitalismus begrüßt aus Sicht der geschichtlichen Dialektik das stetige Voranschreiten der Konzentration der Privatwirtschaft als wichtige Voraussetzung einer späteren zentralen Steuerung in einer Diktatur. Krisen der Privatwirtschaft, die der Staat auffängt, beschleunigen diese „Stamokap“-Entwicklung. Ist die von liberalen Ökonomen betonte Fähigkeit der Wirtschaft zur Selbstorganisation und -regulierung am Ende? Wirkt „Gier ohne Folgen“ systemzerstörend?

Die Entwicklung auf den Finanzmärkten offenbart den Zusammenbruch des Regulierungsrahmens. Der ordnende Staat hat versagt, der Markt nimmt seinen Lauf, mit rational nachvollziehbaren, aber gesellschaftlich unerwünschten Folgen. In der Hoffnung, das Schlimmste zu vermeiden, übernimmt der Staat, also der Bürger, die Letzthaftung. Das ermöglicht auch „Schumpeterianische“ Konkursgeschäfte, die im nächsten Aufschwung große Renditen versprechen, weil in Zukunft Wertvolles heute preiswert gekauft wird. Die Kreditwirtschaft bastelt an Finanzinnovationen, setzt das Hase-Igel-Spiel mit den Finanzmarktregulatoren fort. Grundsätzlich ist dieser Innovationsdrang richtig, käme doch ohne ihn die Entwicklung der Menschheit zum Stillstand. Doch ist der entwichene Geist kaum mehr in die Flasche zu bekommen. Ethos und Anreize, vor allem Haftung, müssen als Korrektive wirken.

Wertbindung der Wirtschaftsordnung ist so aktuell wie nie zuvor und Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Oft besteht aber kein individueller Anreiz, Werte zu beachten, weil das Nachteile im Konkurrenzkampf bedeutet. Hier greift Haftung. Sie zwingt unter Bedingungen extrem unterschiedlicher Informationsstände die Handelnden, die Folgen ihres Tuns stärker zu beachten und damit in den gesamtgesellschaftlichen Kontext zu stellen. Sie ist, so Walter Eucken, das legitime Gegenstück zu Gewinn und Eigentumsrecht. Durch Haftung wird der Regulierungsrahmen durchgesetzt und moralisches Handeln im Eigeninteresse erzwungen.

Die Krise wird in Deutschland noch Jahre nachwirken, vor allem durch mindere Renditen für Lebensversicherungen, festverzinsliche Papiere oder Riester-Renten. Bedrohlich werden diese Lücken bei Wohnungsfinanzierungen mittels Lebensversicherungen – hier fehlen schnell 20% der Kreditsumme. Sparkassen und Banken werden diese Differenzen einfordern – schließlich steigert es ihren Shareholder Value. Sie werden sich ungern an ihre Mitverantwortung erinnern. Gerechtfertigt ist das nicht, das Unbehagen wird noch lange anhalten. Es liegt im Interesse aller, den Ordnungsrahmen durch Haftung neu zu justieren, um Vertrauen in das System wiederherzustellen. Der Staat sollte besonnen, aber zügig handeln!

Ulrich Blum, Präsident des IWH